



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Donnerstag, 15.12.2016, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2017 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Änderungsverzeichnis - Stellenplan 2017	Vorl.Nr. 395/16
-------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 1.2.

TOP 1.1	ANLAGE Haushaltsplan 2017	Vorl.Nr. 396/16
---------	---------------------------	-----------------

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 1.2.

TOP 1.2	Haushaltsplan 2017 - Änderungsverzeichnis	Vorl.Nr. 491/16
---------	---	-----------------

Beschluss:

1. Die Haushaltssatzung 2017 sowie der Haushaltsplan 2017 und die mittelfristige Finanzplanung 2016 - 2020 werden auf Grundlage des Haushaltsplanentwurfs (Vorlage 396/16) und den beigefügten Änderungsverzeichnissen beschlossen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die noch erforderlichen haushaltsneutralen Veränderungen der Teilhaushalte (z.B. interne Leistungsverrechnungen, Steuerungsumlage, Änderungen Kontenplan) vorzunehmen und in den endgültigen Haushaltsplandruck einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Link
 - Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** eröffnet die Sitzung mit einem Video, das die Highlights des vergangenen Jahres in der Stadt Ludwigsburg zeigt. Er bedankt sich bei allen Mitarbeitern für die Erstellung des Haushaltsplans und gibt anschließend das Wort an Herrn Kiedaisch, Fachbereich Finanzen.

Herr Kiedaisch, Fachbereich Finanzen, erläutert einleitend den Verlauf der Haushaltsplanberatungen. Er bedankt sich bei dem Gemeinderat für die konstruktiven Beratungen im Vorfeld. Obwohl etliche Anträge gestellt wurden seien dies die gefühlt kürzesten Haushaltsplanberatungen gewesen, seit er bei der Stadtverwaltung Ludwigsburg arbeite. Er weist auf das erfolgte Änderungsverzeichnis hin. Er teilt mit, dass sich im Stellenplan (Anlage 7) eine Änderung ergeben hat. Eine A 13 Stelle wurde im Bürgerbüro Bauen mit einem KW Vermerk ergänzt.

Herr Kiedaisch erläutert, dass der Finanzhaushalt 2017 einen Finanzierungsbedarf von 18 826 160 Euro aufweist, welcher durch Kredite gedeckt werden solle. In der Finanzplanung sei für die kommenden Jahre mit wachsenden Steuereinnahmen zu rechnen. Man habe in Ludwigsburg ein durchaus ambitioniertes Investitionsprogramm aufgestellt, wo man jetzt von Jahr zu Jahr schauen müsse was man umsetzen kann.

Aus Sicht von Stadtrat **Hermann** habe der Jahresrückblick gezeigt, was man im Jahr 2016 für die Bürgerinnen und Bürger gemacht habe. Dies sei sehr positiv, allerdings habe man viele Anträge gehabt mit dauerhaften Mehrausgaben. Man müsse Vorsorge treffen für schlechte Zeiten. Deshalb prüfe man die Mehranforderungen an Personal und ob eventuell manche Aufgaben nicht wahrgenommen werden müssten. Ein Controller würde sich bei guter Arbeit selbst finanzieren, weshalb er die Aufstockung des Fachbereichs Revision für sinnvoll erachte. Anders als im Jahr 2016 schließe der Ergebnishaushalt im Jahr 2017 mit einem ordentlichen Ergebnis ab, dies sei besonders positiv zu vermerken. Abschließend bedankt Stadtrat Hermann sich bei den Dezernenten, den Fachbereichsleitern und der Kämmerei für die Erstellung des Haushaltsplans 2017, dem die CDU-Fraktion zustimmen wird.

Für Stadtrat **Dr. Vierling** wurde eine wichtige Weichenstellung für den Haushalt bereits im Sommer durch die Anhebung der Hebesätze getroffen. Der Haushalt sei mit Blick auf das ordentliche Ergebnis ausgeglichen. Sorgen würden ihm jedoch die notwendigen anstehenden Sanierungen von Schulen bereiten, die für neue Schulden sorgen werden. Bei vielen Projekten wie der Stadtbahn, den Fahrradrouten oder auch dem Bildungszentrum West müsse es vorangehen. Ihm komme es dabei so vor, dass es zu viele Bremser gäbe, die eine Autostadt wollten. Dementgegen sei das gemeinsam mit der SPD-Fraktion und der Fraktion ÖkoLinX errungene Ludwigsburger Bus-Ticket positiv hervorzuheben. Dank für den Haushaltsplan, dem man zustimme, gelte Herrn Kiedaisch und der Stadtkämmerei. Zum Abschluss macht Stadtrat Dr. Vierling noch darauf aufmerksam, dass die Haushaltsplanberatungen in den nächsten Jahren mit Blick auf die anstehenden Neuverschuldungen wahrscheinlich schwieriger werden.

Stadträtin **Liepins** bedankt sich bei ihren Kolleginnen und Kollegen, dass während der Haushaltsplanung alle Anträge zur Prüfung mitgetragen wurden. Insbesondere das Ludwigsburger Bus-Ticket sei für die SPD-Fraktion besonders wichtig gewesen. Die anstehenden hohen Kosten für Investitionen und Sanierungen im Hochbau bereiteten ihr allerdings Sorgen. Hier herrsche Handlungsbedarf. Durch ideologische Debatten würde der Gemeinderat wichtige Entscheidungen allerdings selbst blockieren. Dabei sei doch ein Ringen um Kompromisse notwendig. Der Dank für die Erstellung des Haushaltsplans, dem man ebenfalls zustimmen werde, gehe an Herrn Kiedaisch, den Fachbereich Finanzen und alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung.

Stadtrat **Weiss** dankt für die Fraktion der Freien Wähler der Stadtverwaltung mit dem Kämmerer Herrn Kiedaisch und OBM Spec für die Erstellung des Haushalts. Seiner Ansicht nach hätte man

schnell kein Geld mehr, wenn es nach der Grünen-Fraktion ginge. Man müsse wirtschaftlich denken. Aktuell würden strukturelle Defizite durch höhere Steuereinnahmen ausgeglichen, dies werde aber nicht immer so sein. Man müsse schauen, trotz des großen Sanierungsbedarfs, die Schulden nicht zu verdoppeln. In die Stadtbahn würden ebenfalls noch viele Millionen fließen. Deswegen würden die Freien Wähler auch in Zukunft eine vernünftige Wirtschaftspolitik mit Augenmaß unterstützen.

Für Stadtrat **Heer** haben die Haushaltsgespräche gezeigt, dass die Anträge des Gemeinderats durchaus lösbar seien. So habe beispielsweise der Antrag der FDP-Fraktion sich für die Landesgartenschau zu bewerben großen Zuspruch gefunden. Bei dem Bau des Neckarweges, des Radwegebaus, der Schaffung von neuem Wohnraum und der Prüfung des Stadttickets unterstützte man die anderen Fraktionen. Die FDP-Fraktion werde daher dem Haushalt zustimmen.

Stadtrat **Kube** bedankt sich im Namen der ÖkoLinX-Fraktion bei der SPD-Fraktion für das Sammeln von Unterschriften für das Ludwigsburger Bus-Ticket. Ebenfalls bedankt er sich bei den anderen Fraktionen, die dem Ludwigsburg Bus-Ticket zugestimmt haben. Da allerdings alle anderen sozialen Anträge aufgrund von zu hohen Kosten vom Gemeinderat abgelehnt wurden, könne er dem Haushalt nicht zustimmen.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt, dass nach dem 3-Säulen-Modell Nachhaltigkeit aus den drei Säulen ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit bestehe. Diese drei Säulen müsse man auf den Haushaltsplan herunterbrechen. Zum einen sei wirtschaftliche Stärke zwar gegeben, trotzdem habe man ökologisch fragwürdige Entscheidungen getroffen. Zur ökonomischen Säule zitiert Stadträtin Burkhardt OBM Spec, dass die „Anpassung an veränderte Klimabedingungen eine Herausforderung sei, der man sich stellen müsse“. Man vermisse allerdings noch konkrete Projekte in diesem Zusammenhang. In diesem Zusammenhang bittet Stadträtin Burkhardt darum, die Forschungsergebnisse der Klimaanpassungsstrategie der Region Stuttgart (kars) den Gemeinderäten zur Verfügung zu stellen.

Bei der Diskussion um die Hausmeister-Stellen und die vielen Überstunden der Mitarbeiter zeige man eine gewisse soziale Kälte. Auch sollte man weiterhin darüber nachdenken, die Nutzung der Stadtbibliothek und die Betreuung in Kindertageseinrichtungen kostenfrei anzubieten. Sie könne dem Haushalt daher nicht zustimmen.

Stadtrat **Lettrari** findet sich bei einigen Dingen im neuen Haushalt wieder, in anderen nicht. Aus eigener Erfahrung mit dem öffentlichen Nahverkehr könne er sagen, dass hier in Zukunft dringender Handlungsbedarf bestehe. Mit Blick auf eine kostenfreie Nutzung der Stadtbibliothek und Betreuung in Kindertageseinrichtungen sei dies zwar wünschenswert, aber ein utopischer und nicht finanzierbarer Gedanke. Daher solle man aufhören in diesem Loch zu bohren. Dem Haushalt stimme er zu.

Nach den Stellungnahmen lässt OBM Spec über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beratungsverlauf:

Der Bericht erfolgt durch OBM Spec und BM Ilk.

OBM **Spec** klärt dabei auf, dass es in Sachen Stadtbahn keinen persönlichen Streit zwischen ihm und Landrat Dr. Haas gäbe, wie es in der Presse geschrieben und heraufbeschworen werde. Es seien noch qualifiziertere und entscheidungsrelevante Zahlen gewünscht, wie eine Folgekostenberechnung. Diese Berechnung erfolge, dauere allerdings mehrere Monate. Das Stellen eines Ultimatums durch den Landrat sei aus seiner Sicht daher eine unangemessene Maßnahme gewesen, dies habe er ihm aber freundschaftlich mitgeteilt und es habe zu keinem persönlichen Streit geführt. Man habe lediglich unterschiedliche Standpunkte was den Entscheidungsstand betreffe. Sowohl der Landrat als auch er selbst haben ein hohes Interesse an der Stadtbahn und er sei dem Landrat dankbar, dass dieser sich in der Sache so engagiere. Wie in Ludwigsburg üblich, werde der endgültigen Entscheidungsfindung noch ein Prozess mit Bürgerbeteiligung vorausgehen. Dann wolle man nach dem bewährten Erfolgskonzept vorgehen, alle Möglichkeiten Prüfen und sich für die beste Möglichkeit/das beste Konzept entscheiden.

BM **Ilk** erläutert anschließend chronologisch die vergangenen Ereignisse die Stadtbahn betreffend. Dabei teilt er mit, dass seitens des Gremiums eine 3D-Animation für alle drei Systeme gewollt sei. Er erklärt, wie/welche Aufgaben zwischen Landkreis und Stadtverwaltung aufgeteilt wurden. Abschließend habe er die Bitte, dass man mit dem Projektpartner reden solle und nicht über den Projektpartner.

Eine Aussprache ist nicht gewünscht. Der Gemeinderat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Beschluss:

1. Das Freiflächenentwicklungskonzept mit integriertem Grünleitplan (FEK) wird als informelle Planung nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschlossen. Es wird somit bei künftigen Abwägungsprozessen eingebracht.
2. Die Ziele des FEKs wurden bereits in das SEK und in den Masterplan aufgenommen und tragen damit zur Verbesserung der Lebens- und Wohnqualität in Ludwigsburg bei. Für die konkrete Umsetzung einzelner Maßnahmen mit Kostenfolgen sind jeweils gesonderte Beschlüsse in den gemeinderätlichen Gremien erforderlich.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Link
 - Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Es wird auf die Ausführungen zu diesem Tagesordnungspunkt im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt verwiesen. Eine ausführliche Aussprache wird nicht gewünscht.

Stadträtin **Burkhardt** erläutert, dass sie die einzige Gegenstimme im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt war. Sie werde auch in heutiger Sitzung nicht zustimmen, da ihr Aussagen zu Basisdaten fehlen. Umweltschutz bräuchte einen gleichberechtigten Platz neben anderen Interessen und Standpunkten.

Bereits im Jahr 2012 habe die Verwaltung ein Ablaufschema zur Fortschreibung des Flächennutzungsplanes (FNP) herausgegeben. Gemäß diesem sei der Beschluss zur Fortschreibung des FNP im Jahr 2015 fällig gewesen. Angesichts der Vielzahl von geplanten Wohnbauflächen sei die LUBU gespannt, wie lange die Entscheidungsvorlage zum FNP mit Landschaftsplan noch auf sich warten lasse.

Abweichender Beschluss:

Der überplanmäßige Aufwand im Ergebnishaushalt des Fachbereichs Kunst und Kultur im Haushaltsjahr 2016 in Höhe von bis zu 92.000 € wird genehmigt. Die Deckung erfolgt aus der Deckungsreserve.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 28 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Link

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Herrmann** sieht das Durchwinken bzw. nachträgliches Genehmigen eines überplanmäßigen Aufwands in Höhe von 92.000 EUR als kritisch an. Die Mehrheit der Fraktion werde nicht zustimmen.

Stadträtin **Deetz** teilt im Namen ihrer Fraktion mit, sie würden zähneknirschend zustimmen, stellt aber auch die Frage, was der Fachbereich Kunst und Kultur tun würde, wenn man nicht zustimme. In der Haushaltsplanung solle dies in den nächsten Jahren besser eingeplant werden.

Stadträtin **Wiedmann** stimmt dem Antrag zu, sie wolle ein vielseitiges Kulturprogramm für die Stadt.

Für Stadtrat **Eisele** müsse man bei einem außerplanmäßigen Aufwand immer nach dem Grund fragen. In vorliegendem Fall sei der Grund die schlechte Auslastung der Veranstaltungen. Er regt an die Kalkulation dahingehend in Zukunft anzupassen, da bereits oft Geld für diesen Teilhaushalt nachgefordert wurde. Trotzdem stimme die FDP zu.

Auch Stadtrat **Weiss** stimmt ebenfalls zähneknirschend zu und macht den Vorschlag die neue Planung in enger Verzahnung mit der Kämmerei zu machen, damit Nachzahlungen nicht mehr nötig werden. ER weist darauf hin, dass Qualität Geld kostet.

Stadträtin **Dziubas** habe bereits zu oft zähneknirschend dafür gestimmt, deshalb stimme sie dagegen. Dabei stimme sie nicht gegen die Kunst und Kultur, sondern auch hier müsse man wirtschaftlich arbeiten.

Stadträtin **Burkhardt** führt aus, es falle schwer ein drittes Mal nachträglich Mittel zu beschließen. Trotzdem stimme sie zu, fragt aber nach ob nicht vielleicht grundsätzlich zu wenig Mittel bewilligt wurden.

OBM **Spec** zeigt auf, dass man die Besucherzahl mit 40.000 Besuchern in den letzten Jahren verdoppelt habe. Im Jahr 2017 müsse man eine wichtige Strukturdiskussion führen, ob man mit den Budgetgrenzen klarkommen müsse oder ob man das vielseitige Programm erhalte und dafür den Zuschuss erhöhe.

Frau **Richert**, Fachbereich Kunst und Kultur, nennt Einnahmeprobleme und nicht erhaltene Stiftungszuwendungen als Ursachen für den finanziellen Engpass. Man müsse die Ausgaben im neuen Jahr eindämmen; das Programm rentabler machen. Im interkommunalen Vergleich habe man allerdings eine geringe Bezuschussung.

Stadträtin **Deetz** warnt davor, die Frequenz der Veranstaltungen zu kürzen, da man in direkter Konkurrenz mit der Theaterstadt Stuttgart stehe.

Die Beschlussfassung erfolgt anschließend entsprechend der geänderten Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung vom 13.12.2016.

Beschluss:

1. Dem vorliegenden Partizipationskonzept für Ludwigsburg (Anlage 3) und den Eckpunkten für den Jugendgemeinderat wird zugestimmt.
2. Der Wahlordnung zur Wahl eines Jugendgemeinderates (Anlage 2) wird zugestimmt.
3. Im Frühjahr 2017 wird eine Wahl zum Jugendgemeinderat durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Link

Beratungsverlauf:

BM **Seigfried** stellt das Konzept zum Jugendgemeinderat vor. ER weist darauf hin, dass die Anlagen 2 und 3 der Vorlage Nr. 148/16 aufgrund der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 14.12.2016 geringfügig geändert wurden. Die geänderten Anlagen liegen den Gemeinderäten als Tischvorlage vor.

Der Vorteil des Jugendgemeinderates besteht für Stadtrat **Herrmann** darin, dass sich die gewählten Mitglieder in zwei Jahren mit allen Themen auseinandersetzen. Außerdem positiv sei, dass für jede Schule Plätze reserviert seien, so erreiche man eine gute Durchmischung. Er habe die Hoffnung, dass dieses Konzept für eine positive Resonanz in der Zielgruppe Sorge.

Stadtrat **Kasdorf** erinnert, dass er in seinem Wahlkampf versprochen habe sich für junge Leute einzusetzen. Er finde es sehr gut, dass die Initiative von den Jugendlichen selbst ausging und alle Schulformen Beachtung finden. Den Jugendgemeinderat könne man mit einem zarten Pflänzchen vergleichen, das noch wachsen müsse. Auch die Wahlordnung müsse man heute nicht in Stein, sondern diese könne in 4 Jahren aufgrund der gemachten Erfahrungen geändert werden.

Stadträtin **Deetz** schließt sich den Ausführungen ihres Vorredners an und empfiehlt dem Antrag zuzustimmen, abzuwarten und die Wahlordnung gegebenenfalls zu optimieren. Außerdem sollte man über Möglichkeiten nachdenken auch Auszubildende zu erreichen.

Für Stadträtin **Moersch** ist dies ein besonderer Moment für die Jugendlichen, deren Zielstrebigkeit sie lobt. Der Jugendgemeinderat müsse später aber auch ernst genommen werden.

Stadtrat **Heer** sieht darin die Chance einer stärkeren Partizipation der Jugendlichen, deren Sichtweise der Kommunalpolitik nicht schaden werde. Er wünscht allen Beteiligten einen guten Start und eine erfolgreiche Arbeit.

Stadtrat **Kube** warnt vor dem Gedanken einer Alibi-Veranstaltung und weist die Jugendlichen auf die Möglichkeit hin, etwas bewirken zu können.

Stadträtin Burkhardt teilt mit, sie werde gerne zustimmen.

Abgeänderter Beschluss:

1. Grundlage für die weitere Planung sind folgende Rahmenbedingungen:
 - Arsenalplatz: urbaner Park – ein grüner Platz als Ort der Begegnung mit vielen Attraktionen.
 - Schillerplatz: urbaner Stadtplatz.
 - Arsenalgarten: ruhige Zone.
 - Zeughausplatz: Rückzugsbereich mit Potential für kleinere Attraktionen.
 - ÖPNV-Verkehr: über die Diagonale des Schillerplatzes und die Arsenalstraße.
 - Arsenalstraße: Entlastung vom Durchgangsverkehr, um neue, attraktive Bereiche für Einzelhandel, Gastronomie und Aufenthalt zu entwickeln.
 - Fußläufige Beziehungen: Aufwertung als Achse zwischen dem Bahnhof, Myliusstraße, Schiller- und Arsenalplatz, Seestraße bzw. entlang der Arsenalstraße bis hin zur Wilhelmgalerie und zum Marktplatz.
 - Radverkehr: maßgebliche Verbesserungen bei der Erreichbarkeit der Innenstadt.
2. Die planerische Integration einer Tiefgarage unter dem Schillerplatz und der Arsenalstraße mit max. 200 Stellplätzen sowie optional einer Erweiterung unter dem Zeughausplatz mit bis zu 45 Stellplätzen wird in das Wettbewerbsverfahren aufgenommen. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Entwurfsplanung mit einer Kostenschätzung zu erstellen.
3. Zur Konkretisierung der planerischen Überlegungen wird die Verwaltung beauftragt, einen Wettbewerb auszuloben. Grundlage sind die in Ziffer 1 beschriebenen Entwicklungsziele und die Rahmenplanung vom 09.11.2016 vom Fachbereich Stadtplanung und Vermessung (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Über die Ziffern 1 bis 3 wird getrennt abgestimmt.

Ziffer 1: Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Ziffer 2: Der Beschluss wird mit 27 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Ziffer 3: Der Beschluss wird mit 26 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Link

Beratungsverlauf:

Einführend erläutert BM Ilk die bisherigen Beratungen. Insbesondere weist er auf die mehrheitlich beschlossene, geänderte Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt vom 8.12.2016 hin. Er teilt mit, dass man dieses Thema in den letzten Jahren sehr häufig behandelt habe. Dabei hätte es für keine Option eine Mehrheit im Gemeinderat gegeben. In der vorliegenden Fassung seien bei der Abstimmung im Ausschuss für Bauen, Umwelt und Technik die Fraktionen der Grünen und die Freien Wähler dagegen gewesen. Von der Fraktion die Grünen kam der Vorschlag, einen Wettbewerb mit zwei Aufgabenstellungen auszuschreiben. Dabei solle die Möglichkeit sowohl mit, als auch ohne Tiefgarage abgedeckt werden. Davon rate er allerdings ab, da es sich hierbei um eine Grundsatzdiskussion handele. Diese müsse man jetzt führen und nicht nach erfolgtem Wettbewerb. Damit wäre die politische Entscheidung nur verschoben. Die Kreissparkasse Ludwigsburg sei bereit sich mit bis zu 50 Prozent an einer Tiefgarage zu beteiligen, wenn die Tiefgarage eine Anbindung an die Filiale biete und die Kreissparkasse Ludwigsburg bei der Namensgebung mitreden dürfe.

Stadtrat **Noz** erklärt, dass man sich nun endlich bemühen müsse eine Lösung für die Stadt zu finden. Dabei müsse jeder über seinen Schatten springen. Ein im Ausschuss vorgelegtes Gutachten habe gezeigt, dass Ludwigsburg dringend Parkplätze benötige. Der Vorschlag der Verwaltung, eine Begrünung des Platzes und Stellplätze in Form einer Tiefgarage halte er daher für einen guten Kompromiss. Die Gestaltung einer grünen Oase in der Innenstadt sei damit erreicht. Da die Kreissparkasse Ludwigsburg bereit sei bis zu 50 Prozent der Kosten zu finanzieren, stimme die CDU-Fraktion dafür.

Stadträtin **Knoß** führt aus, die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen freue sich, dass ein grüner Arsenalplatz und eine verkehrsberuhigte Arsenalstraße für viele Mitglieder des Gemeinderates vorstellbar werden und damit näher rücken.

Der von der Stadt beauftragte Verkehrsplaner Prof. Hupfer habe jedoch nachgewiesen, dass im näheren Umfeld der Innenstadt ausreichend Parkierungskapazität zur Verfügung stehe und es nur zu einigen wenigen Großereignissen wie z.B. verkaufsoffenen Sonntagen bzw. zeitlich parallel stattfindenden Veranstaltungen zu Engpässen kommen könnte. Erstaunlicherweise werde dieses Gutachten vollkommen ignoriert.

Die Probleme an diesen wenigen Tagen im Jahr seien mit sehr viel weniger finanziellem Aufwand lösbar. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung sei die Einführung des 1 Euro Tickets für den ÖPNV, welches von SPD, Grünen, ÖkoLinX und LUBU beantragt wurde und von den anderen Fraktionen positiv aufgenommen worden sei. Auch eine vollkommen kostenlose Nutzung der Busse an solchen Tagen wäre aus ihrer Sicht durchaus finanzierbar.

Eine Tiefgarage mit Einfahrt am Schillerplatz und Ausfahrt an der Wilhelmstraße würde das Verkehrsproblem aus ihrer Sicht nicht lösen.

Damit nun kein Stillstand entstehe und eine Mehrheit im Gemeinderat gefunden werden könne, sei ihre Fraktion, trotz Vorbehalte, bereit für den städtebaulichen Wettbewerb mit Parkhaus unter Schillerplatz und Arsenalstraße zu stimmen. Sie fordere jedoch, dass ebenso Planungen für eine Variante ohne Parkhaus gemacht werden.

Das Argument der Stadtverwaltung – weglassen geht immer – könne nicht nachvollzogen werden.

Stadtrat **Juranek** erinnert an die heftigen Diskussionen in den Ausschüssen. Man wolle den ruhenden Verkehr verbessern und die Innenstadt entlasten, deshalb habe man die Vision von einem großen Parkhaus an der Bärenwiese. Große inhaltliche Diskussionen würden jetzt nichts mehr bringen, daher stimme die SPD-Fraktion für die Auslobung des Wettbewerbs. Man müsse nun diese erste Hürde nehmen. Lob gelte der Kreissparkasse Ludwigsburg für das entgegenkommen.

Stadtrat **Weiss** fragt, weshalb man noch mehr PKWs in die Innenstadt führen wolle. Zudem wäre eine Umbauzeit von zwei bis drei Jahren eine Katastrophe für die Innenstadt. Es seien viele

Fragen offen. Man wisse nicht wie sich die Mobilität in den nächsten Jahren entwickle. Die Millionen die in das Projekt fließen könne man deutlich besser einsetzen, deshalb werde die Fraktion der Freien Wähler dem Wettbewerb nicht zustimmen.

Für Stadtrat **Eisele** ist klar, dass man den Arsenal- und den Solitudeplatz aufwerten müsse. Er stimme der Auslobung des Wettbewerbs zu, da das Problem angegangen werden müsse. Das Ergebnis des Wettbewerbs sei ja noch offen. Weitere oberirdische Bauten sollen aus seiner Sicht künftig nicht entstehen.

Stadträtin **Dziubas** bezeichnet eine autofreie Innenstadt als Herzensangelegenheit. Deshalb sei sie gegen die Planung einer Tiefgarage. Dem Antrag der Grünen stimme sie hingegen zu. Außerdem würde sie gerne über die einzelnen Punkte separat abstimmen lassen.

Stadträtin **Burkhardt** fasst zusammen, dass die Diskussionen lange gedauert hätten. Es gäbe in näherer Umgebung genügend Parkmöglichkeiten, sodass eine Tiefgarage nicht erforderlich sei. Sie könne dem Antrag der Grünen daher zustimmen. Eine Veränderung sei dringend erforderlich. Sollte der Antrag nicht angenommen werden, könne sie auch der Gesamtplanung zustimmen.

Stadtrat **Lettrari** ist für eine Begrünung des Arsenalplatzes. Eine alleinige Begrünung ohne Tiefgarage wäre aus seiner Sicht allerdings extrem schädlich für den Einzelhandel. Die Tiefgarage müsse kommen, auch da der Grundgedanke, man habe genügend Parkplätze, falsch sei. Inhaltlich könne er sich der SPD-Fraktion daher anschließen.

BM **Ilk** geht auf die Beiträge der Gemeinderäte ein. Wenn man gegen die Auslobung eines Wettbewerbs stimme, würde der Arsenalplatz so bleiben wie er ist. Eine Aufwertung würde man daher nicht erreichen. Die politische Diskussion, ob Tiefgarage oder nicht, dürfe nicht zu lasten der notwendigen Neugestaltung gehen. Eine Diskussion müsse hier stattfinden.

OBM **Spec** ergänzt, dass die Investitionskosten für die Tiefgarage nicht durch die Stadt, sondern durch die Stadtwerke getragen würden. Zudem würde man wahrscheinlich neben der Kofinanzierung der Kreissparkasse weitere Zuschüsse durch das Land und den Bund erhalten. Die Entwicklung bei der Wirtschaftlichkeit von Tiefgaragen habe sich in Ludwigsburg in den letzten Jahren ohnehin positiv entwickelt.

Für Stadtrat **Gericke** sei die Tiefgarage nicht nötig, aber für den Kompromiss wohl gebraucht. Ihm komme es so vor, als dass die Verwaltung die Frage nach einer Tiefgarage nicht offenlassen will. Deshalb stimme er gegen die Auslobung eines Wettbewerbs, bei dem die Tiefgarage von vorneherein fester Bestandteil der Planung sei. Für ihn sei nicht nachvollziehbar, weshalb nicht zwei Varianten untersucht werden sollen.

Stadtrat **Kasdorf** wird für die Auslotung des Wettbewerbs stimmen. Damit stimme er aber nicht gegen die Fraktion, sondern für eine Umgestaltung des Arsenalplatzes. Es sei für ihn keine leichte Entscheidung gewesen und er vertraue auf die Aussage des Baubürgermeisters, dass man die geplante Tiefgarage auch noch weglassen könne.

Nach Aussprache stellt Stadträtin Knoß für die Fraktion Bündnis 90/Grüne zu Ziffer 2 den Antrag beim Städtebaulichen Wettbewerb Planungen, sowohl mit als auch ohne Parkhaus, erstellen zu lassen.

Dieser Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ohne weitere Aussprache wird über die Ziffern 1 - 3 des Beschlussvorschlags getrennt abgestimmt.

Beratungsverlauf:

Dieser Tagesordnungspunkt wird abgesetzt. Über diesen Tagesordnungspunkt soll im neuen Jahr beraten werden.

Beschluss:

Aufgrund von §§ 14 Abs. 1 und 16 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) wird folgende Satzung zur Begründung einer Veränderungssperre beschlossen:

§ 1

Für das in § 2 bezeichnete Gebiet (räumlicher Geltungsbereich) besteht eine Veränderungssperre für die Errichtung von Werbeanlagen.

Werbeanlagen im Sinne dieser Satzung sind ortsfeste Einrichtungen, welche vom öffentlichen Verkehrsraum beziehungsweise von öffentlichen Grünflächen aus sichtbar sind und der Anpreisung, Ankündigung oder als Hinweis auf Gewerbe oder Beruf (Fremdwerbung) dienen. Hierzu zählen insbesondere Schilder, Beschriftungen, Bemalungen, Lichtwerbungen, Schaukästen sowie für Zettelanschläge und Bogenanschläge oder Lichtwerbung bestimmte Säulen, Tafeln und Flächen.

§ 2

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre umfasst im Wesentlichen die östlich und westlich der Frankfurter Straße angrenzenden Grundstücke sowie zum Teil die dahinterliegenden Grundstücke. Im Norden bildet die nördliche Grenze des Flurstücks 4441/6 die Grenze des Geltungsbereichs, sowie im Süd-Osten die westliche Grenze der Reuteallee.

Der Geltungsbereich dieser Satzung ist im Lageplan des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung vom 18.11.2016 dargestellt.

§ 3

Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre (§ 2) dürfen Werbeanlagen nicht errichtet werden.

§ 4

Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bis dahin ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

§ 5

Diese Satzung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft. Die Geltungsdauer richtet sich nach § 17 Baugesetzbuch.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat Link

Beratungsverlauf:

Eine Aussprache wird nicht gewünscht. OBM Spec lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

- I. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Der Bebauungsplan „Flattichstraße Nord-West“ wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen, den örtlichen Bauvorschriften und der Begründung, jeweils mit Datum vom 18.11.2016 gemäß § 10 BauGB und § 74 LBO als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 29 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf:

Eine Aussprache wird nicht gewünscht. OBM Spec lässt über die Vorlage abstimmen.

